Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres **zweimal:** Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. Vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die **einspaltige** Korpuszeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Petitzeile 2,50 Mk. — **Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

49. Jahrgang. Mit der Beilage: Amtliches **„Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224

Nr. 22. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Oplitz, Namslau. | **Namslau, Sonnabend, den 19. März.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Oplitz, Namslau. | **1921.**

Der 20. März ein ernster Feiertag!

Der Tag der Abstimmung in Oberschlesien ist gekommen. Vor der Bedeutung der Stunden, in denen die Stimmzettel über das Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche und damit über Deutschlands künftiges Schicksal entscheiden, **tritt alles Andere zurück.**

Am Abstimmungstage sollen sich unsere Gedanken mit den Brüdern und Schwestern im bedrohten Oberschlesien verbinden.

Um Mitternacht vom 19. zum 20. März werden die Glocken zum Gebet in die Gotteshäuser rufen. Sonntag vormittag um 11½ Uhr, nach dem Gottesdienst, versammeln sich alle Schulen auf dem Ringe. Die gesamte Einwohnerschaft wird gebeten, an dieser Feier teilzunehmen. Nach einer kurzen Ansprache und nach Absingung des Deutschenliedes löst sich die Versammlung auf.

Namslau, den 17. März 1921.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Schutzbundes
Ortsgruppe Namslau.

Die Schadenersatzanmeldungen unserer Feinde.

Rund 180 Milliarden Goldmark.

Zwei Jahre nach Friedensschluß hat die Wiederherstellungskommission der deutschen Regierung die Zusammenstellung der Entschädigungsansprüche der Alliierten und assoziierten Staaten übermittelt. Sie betragen nach vorläufiger Umrechnung nicht weniger als 180 Milliarden Goldmark. Diese Forderungen sind nicht gestellt auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages, der die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands fordert, sondern auf Grund des Artikels 233, der eine solche Berücksichtigung nicht vorsieht. Die Wiederherstellungskommission stellt der deutschen Regierung für die vorgeschriebene Aeußerung Fristen von ein bis zwei Wochen. Dabei sind die Unterlagen der Forderungen höchst dürftig. Die Fristen von ein bis zwei Wochen sind Ausschlußfristen, d. h. wenn sie nicht inne gehalten werden, so verlieren wir den Anspruch, daß die Festsetzung der Wiederherstellungskommission erst erfolgen solle, nachdem Deutschland billiges Gehör gegeben worden sei.

Im einzelnen fordern: Frankreich: 218,5 Milliarden Franks; England: 1,7 Milliarden Pfund Sterling, 2 Millionen kanadische Dollar und 7,6 Milliarden Franks (die letzteren für Familienunterstützungen); Italien: 33,1 Millionen Lire, 128,5 Millionen Pfund und 37,0 Millionen Franks; Japan: 822,8 Millionen Yen; Belgien: 36,6 Milliarden Franks; Bolivien: 200 Millionen bolivische Dollar; Brasilien: 2 Millionen Pfund; Kuba: 800 000 Dollar; Griechenland: 5,1 Milliarden Goldfranks; Haiti: 0,6 Millionen Franks; Liberia: 4 Millionen Dollar; Peru: 56 000 Pfund; Polen: 9,8 Milliarden Franks, plus 4,4 Milliarden Goldrubel, plus ½ Milliarde deutsche Mark; Portugal: 1,9 Milliarden Conto; Rumänien: 31,1 Milliarden Franks; der serbisch-kroatisch-slovenische Staat: 20 Milliarden Franks; Siam: 5,1 Millionen Tic.; Tschecho-Slowakei: 7,6 Millionen Franks.

*

Am 1. Mai soll nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Kriegskostenentschädigung, die Deutschland seinen Feinden zu zahlen hat endgültig festgelegt sein und zwar offiziell von der Wiederherstellungskommission nach Anhörung Deutschlands. Von diesem ursprünglich vorgesehenen Weg, der wohl auch den Herren in Paris und London nicht recht gangbar erschien, ist man späterhin abgewichen und hat bei den verschiedenen Konferenzen des Verbandes allein — so in Boulogne und Paris, aber auch bei den Sachverständigen-Beratungen in Brüssel versucht, durch gegenseitige Verständigung zum Ziele zu kommen. Wie diese Verständigung nach der Meinung der Herren Briand und Lloyd George aussieht, das hat uns inzwischen die uns präsentierte Rechnung von fast 250 Milliarden gezeigt. Das hat uns auch die kühle Aufnahme gezeigt, die unser eigenes Angebot in London fand. Jetzt, nachdem Herr Simons von seiner Londoner Mission nach Hause zurückgekehrt ist, entsinnt sich der Verband, daß er ja noch ein zweites Eisen im Feuer habe und schickt uns die Aufstellung der Forderungen, die er von Deutschland einzukassieren gedenkt.

Da maschieren hintereinander auf: Frankreich, England, Italien, Japan, Belgien, Bolivien, Brasilien, Cuba, Griechenland, Haiti, Liberia, sogar Peru und Polen. Auch Rumänien, Siam, die Tschecho-Slowakei und die Serben-Kroaten. Allen voran selbstverständlich Frankreich mit dem bescheidenen Betrag von 218⅕ Milliarden Papierfranken. Rumänien möchte 30 Milliarden Franken haben — also offenbar mehr, als sein gesamtes Volksvermögen vor dem Kriege betrug und auch die anderen Staaten sind von ähnlicher Bescheidenheit, wenn auch nicht alle ganz soweit gehen wie die Tschecho-Slowakei, die von uns Schadenersatz für den Einfall ungarischer Bolschewisten — der Himmel mag wissen, wieso Deutschland dafür verantwortlich sein soll — eine hohe Entschädigung verlangt.

Bringt man diese Rechnung, die in Franken, Dollar, Sterling, kurz so schließlich in sämtlichen Währungen der Welt aufgestellt ist, auf einem Generalnenner, so ergibt sich ein Schlußkonto von netto 180 Milliarden Goldmark. Das klingt im Vergleich zu der Pariser Forderung billig, aber es muß dabei berücksichtigt werden, daß das Pariser Diktat das Ergebnis von 42 Jahreszahlungen bedeutet und, wie Herr Simons das in London vorgerechnet hat, auf den gegenwärtigen Wert zurückgeschraubt, „nur" 50 Milliarden verlangt. Woraus denn in der Welt der Eindruck erweckt werden soll, wie lächerlich bescheiden der Verband im Grunde noch ist, wenn er anstatt der 180 Milliarden, auf die er einen Anspruch hat, sich mit einigen 50 Milliarden begnügen will.

Mit diesem Anspruch ist das freilich nun so eine eigene Sache. Die feindlichen Regierungen haben sich ihre Aufgabe sehr leicht gemacht. Sie haben auf ihrem bürokratischen Instanzenwege die Schäden, die angeblich von den bösen Deutschen angerichtet sein sollen, mittellen und von den Geschädigten selbst schätzen lassen. Welche Beschädigungen im Werte allein dadurch entstanden sind, darüber braucht man sich nicht weiter zu unterhalten. Es ist nur zu selbstverständlich, daß sich der Geschädigte den Grundsatz: „Deutschland zahlt alles", möglichst umfassend zunutze macht und aus seinem Unglück eine Rente machen möchte, die ihm auf Deutschlands Kosten einen behaglichen Lebensabend sichert. Man muß uns aber für reichlich naiv halten, wenn man ernsthaft glaubt, daß wir diese Rechnung nun einfach anerkennen und auf jede Nachprüfung verzichten würden. Zumal die Franzosen werden uns schon gestatten müssen, daß wir den Posten von 135 Milliarden, den sie für Sachschäden angeben, ebenso genau ansehen, wie den Betrag von 60 Milliarden für Kriegspensionen. Dazu bedarf es einer genauen Nachprüfung, die voraussichtlich Monate in Anspruch nimmt. Denn so hat sich wahrscheinlich Herr Clemenceau die Sache nicht vorgestellt, daß der Verband fast zwei Jahre lang braucht, bis er die einzelnen Rechnungen glücklich beisammen hat und dann in nicht einmal 2 Monaten der Rest des Verfahrens erledigt werden soll, wobei für Deutschland zur Nachprüfung gerade die Frist von zwei Wochen übrig bleiben würde. Wir können uns vielmehr auf den Standpunkt stellen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn der Verband die Schadenersatzrechnungen so spät vorlegt und daß nun eben der im Friedensvertrag vorgesehene Termin entsprechend hinausgeschoben werden muß.

Die Taktik, die von London verfolgt wird, hebt sich jetzt klarer ab: Die ersten „Sanktionen" wurden durchgeführt wegen angeblicher Vertragsverletzungen in Sachen der Kriegsbeschuldigten und der Entwaffnung, andere sollen ihnen folgen und dafür wird jetzt bis zum 1. Mai der Rechtsboden präpariert: Die Daumschrauben gegen das wehrlose Deutschland werden straffer angezogen. Frankreich spielt sich auf das Ruhrgebiet und England glaubt dabei auch einen Vorteil zu finden, wenn es den deutschen Handel endgültig zerschlägt. Die deutsche Regierung hat in einem feierlichen Protest an den Völkerbund Rechtsverwahrung eingelegt gegen ein Verfahren, das jedem einzelnen internationalen Brauch Hohn spricht. Und der Völkerbund wird jetzt Gelegenheit haben, zu beweisen, ob er es mit seiner hohen Aufgabe ernst meint oder ob er zusehen will, wie er zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln mißbraucht wird.

Der Verband verlangt 20 Milliarden Goldmark bis zum Mai.

WTB. Paris, 16. März. Wie der „Petit Parisien" mitteilt, hat die Wiedergutmachungskommission sich gestern versammelt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Friedensvertrages auszuführen, d. h. den Rest der Summe zu begleichen, der nach Ansicht der Kommission noch nicht bezahlt ist. Es handelt sich hier um 20 Milliarden Goldmark. Bekanntlich hat Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden seit dem Waffenstillstand an die Verbündeten geliefert. Die verbündeten Regierungen jedoch behaupten, daß nur die Summe von 8 Milliarden erreicht ist.

Das standhafte Bayern in der Selbstschutzfrage.

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Vorbereitung des Gesetzes über das Verbot der Selbstschutzorganisationen ist der Noten- und Briefwechsel zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung über diese Frage Gegenstand einer lebhaften Debatte gewesen. Von bayerischer amtlicher Seite wird nunmehr der Wortlaut der von der bayerischen Regierung unter dem 8. Februar 1921 an die Reichsregierung in Berlin gerichteten Erklärung bekanntgegeben. Die Erklärung lautet:

Die bayerische Regierung hat in der Frage der Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren bisher unverrückbar an dem Standpunkt festgehalten, daß

1) die Forderung der Auflösung in dem Friedensvertrag keine Begründung habe und daß demzufolge eine rechtlich begründete Verpflichtung der deutschen Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren von den alliierten Mächten nicht in Anspruch genommen werden könne.

2) Die Entwaffnung der Einwohnerwehren ist zwar grundsätzlich in Aussicht zu nehmen, ihre Durchführung in dem vom Gegner vorgeschriebenen Zeitmaß und zu den von ihm bestimmten Terminen aber nicht möglich, da mit Rücksicht auf die bestehende Bedrohung der staatlichen Ordnung auf der einen Seite und der dem Staat und Reich zur Verfügung stehenden ungenügenden Machtmittel auf der anderen Seite der Bevölkerung die gegenwärtigen Selbstschutzorganisationen nicht entrissen werden könnten und auch gar nicht entrissen werden können, da sie diesem Versuch Widerstand entgegensetzen würde.

An diesem Standpunkt hält die bayerische Staatsregierung auch der Pariser Entwaffnungsnote gegenüber fest, sie ist der Meinung, daß alles, was über den Friedensvertrag hinausgehe, strikte abgelehnt werden müsse, und daß es sachlich und taktisch unrichtig sei, die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage zu trennen und das Entwaffnungsdiktat schon jetzt in Vollzug zu setzen. In einem solchen Vorgehen liegt nach ihrer Auffassung eine Preisgabe der in den Einwohnerwehren liegenden ideellen und staatserhaltenden Volkskraft und Bestrebungen zugunsten der rein materiellen Interessen, was einer Versündigung am Staatsgedanken gleichkommt, deren sich keine Regierung schuldig machen darf. Dieser Gesichtspunkt muß nach der Auffassung der bayerischen Staatsregierung umso schwerer wiegen, als die Befürchtung nicht unbegründet zu sein scheint, daß dieses Opfer ohne Nutzen für die bevorstehenden Verhandlungen über die Wiederherstellungsforderungen bleiben werde.

Für die Wahl dieses Standpunktes war für die bayerische Regierung weiter auch die Erwägung maßgebend, daß die Forderung der Verbandsmächte einer irrigen Auffassung über Wesen und Ziel der Einwohnerwehren entsprungen sei und daß bei der weittragenden Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, alle Mittel, diesen Irrtum zu berichtigen, erschöpft werden müssen. Die bayerische Einwohnerwehr ist eine Selbstschutzorganisation, die keinem anderen Zweck dient, als die Sicherheit der Person und des Eigentums zu gewährleisten und die Ruhe und Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten. Der Verdacht, sie sei ein Instrument im Dienste reaktionärer Restaurationsbestrebungen und militärischer Revanchepolitik, von dem die Verbandsmächte, nicht ohne Zutun solcher einheimischer Kreise, welche an der Beseitigung der Einwohnerwehr interessiert sind, beherrscht werden, ist durchaus unbegründet.

Die Bayerische Staatsregierung hält es nicht für ausgeschlossen, daß die bevorstehende Aussprache über die Wiederherstellungsforderungen auch noch eine letzte Möglichkeit bieten könnte, diesem Irrtum entgegenzutreten und die aus ihm entsprungenen Forderungen zu mildern. Eine solche Möglichkeit würde beiderseits selbst nicht von vornherein abgeschnitten werden, wie es durch die Absonderung der Entwaffnungsfrage von der Wiederherstellungsfrage geschieht.

Entgegen dieser Auffassung der Bayerischen Staatsregierung hat die Reichsregierung sich entschlossen, die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage zu trennen und ist somit, ohne das Ergebnis der Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung des Entwaffnungsdiktates herangetreten. Die Bayerische Staatsregierung hält diesen Entschluß für verhängnisvoll. Sie läßt sich dabei von der Rücksicht auf die Interessen des Reiches und der nationalen Einheit nicht weniger als von der auf die eigenen Lebensinteressen leiten. Die Verhandlungen haben leider nicht zu einer Einigung und Verhütung eines Schrittes geführt, von dem die Bayerische Regierung schwerwiegende Nachteile nicht weniger für das Reich als für Bayern befürchtet.

Für die Maßnahme, die die Reichsregierung in Verfolg ihres Standpunktes nunmehr vorkehren zu müssen glaubt, und wie die Bayerische Staatsregierung voraussetzt, selbst zur Ausführung bringen wird, muß die Bayerische Staatsregierung die volle Verantwortung der Reichsregierung überlassen. Die Bayerische Staatsregierung hält sich zu dieser Erklärung nach der besonderen Lage der bayerischen Verhältnisse für verpflichtet — unbeschadet der bisherigen Stellung Bayerns zum Reiche und unbeschadet des unverbrüchlich von ihr festgehaltenen Standpunktes — daß die Frage der Gestaltung des aus dem Versailler Friedensvertrage sich ergebenden Schicksals des deutschen Volkes gemeinsame Sorge aller deutschen Regierungen ist.

(„Schles. Ztg.")

Talaat Pascha in Charlottenburg ermordet.

Berlin, 15. März. Heute vormittag gegen 11½ Uhr wurde vor dem Hause Hardenbergstraße 17 in Charlottenburg ein älterer Herr durch einen Ausländer hinterrücks erschossen. Der Täter warf den Revolver weg und versuchte zu flüchten, wurde aber vom Publikum ergriffen und nach der Mommsenwache gebracht. Hier stellte man den Täter, der nur gebrochen deutsch spricht und einen Dolmetscher verlangte, als den 24jährigen Studenten Salomon Teilirian, geboren in Salmas, Persien, fest. Teilirian wohnte auf der Hardenbergstraße und soll die Tat auf Eifersucht begangen haben. Man fand bei seiner Durchsuchung 12000 Mark Bargeld in der Brieftasche. Der Ermordete scheint nach den vorgefundenen Visitenkarten der türkische Staatsangehörige Sali Ali Bey zu sein.

Berlin, 15. März. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist der heute mittag in der Hardenbergstraße zu Charlottenburg erschossene Herr der frühere Großwesir Talaat Pascha, der sich unter dem Decknamen Ali Sali Bey in Berlin aufgehalten hat.

Berlin, 16. März. Der Mörder Talaat Paschas erklärte bei seiner Vernehmung, daß er Anhänger der Blutrache sei. Talaat hätte seine Eltern töten lassen, und deshalb habe er Rache an dem Großwesir genommen. Das Verbrechen steht also in ursächlichem Zusammenhange mit den Armeniervertreibungen während des Krieges unter der Staatsleitung Talaat Paschas.

*

Mit Talaat Pascha ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die immer auf Seiten des deutschen Volkes stand. Es ist auf das höchste zu bedauern, daß seinem durchaus noch nicht abgeschlossenen Wirken durch die Kugel eines Fanatikers zum Schaden seiner Heimat ein Ende gesetzt worden ist.

Bekanntlich ist Talaat Pascha ebenso wie Enver Pascha aus der Türkei geflüchtet, um den Häschern und dem Auslieferungsbegehren der Verbandsmächte zu entgehen. Er gehörte wie Enver zu den führenden Männern, die während des Krieges den türkischen Existenzkampf gegen die Verbandsmächte stützten. Ja, er war vielleicht neben Enver der einzige, der noch wirklich als führender Kopf und führender Wille gelten konnte. Nun starb er von Mörderhand in einem Augenblick, in dem sich die türkische Sache wieder einigermaßen zum Bessern zu wenden scheint.

Die Orient-Konferenz, die in London seit Anfang März tagt, hat wenigstens insoweit Klärung geschaffen, als eine Revision des Friedensvertrages von Sèvres zugunsten der Türkei fast sicher ist. Die Forderungen, mit denen die türkischen Abgesandten in London erschienen sind, sind zwar weit davon entfernt, von dem Verbande alle ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. **Aber das Programm, auf das man sich, wie es scheint, in London jetzt geeinigt hat, bedeutet doch einen unverkennbaren Gewinn für die Türkei gegenüber den Bedingungen des Friedens von Sèvres.** Konstantinopel und die Dardanellen bleiben zwar neutralisiert, sollen aber doch äußerlich der Souveränität des Sultans wieder anvertraut werden. Ebenso soll in Smyrna die Souveränität des Sultans bis zu einem Grade wieder hergestellt werden, und zwar auf Kosten der Rechte, die man im Vertrag von Sèvres den Griechen eingeräumt hatte. Dagegen sind die zweifellos gerechtfertigten Ansprüche der Türkei auf Thrazien unberücksichtigt geblieben. Dieses Gebiet soll ein Teil von Groß-Griechenland bleiben, das damit seine Grenze bis ziemlich nahe an Konstantinopel heranschiebt.

Ob die Türkei und ob namentlich der Vertreter von Kemal Pascha sich mit diesen Zugeständnissen zufrieden gibt, ist vorläufig noch eine offene Frage. Trotz allen Erfolgen, die die Türkei in London erzielt zu haben scheint, bleibt sie natürlich Ausbeutungsobjekt der Verbandsmächte und eine Figur auf dem Spielbrett der Verbandspolitik im nahen Orient.

Rußlands Umschwung.

Gegen die Kommunisten. — Die Arbeiter werden Bauern. — Anmarsch gegen Moskau. — Wiedererrichtung der Monarchie. — Ein Bauernzar.

Aus Stockholm, 12. März, wird dem „Wanderer" geschrieben: Langsam schälen sich aus dem Rauch und Donner der neuen russischen Revolution bestimmte Tatsachen heraus. Fest steht, daß es keine weißgardistische Verschwörung ist. Ihre Stunde ist noch lange nicht gekommen. Ihre Hoffnungen, allzulaut geäußert, würden den Umschwung, der zweifellos im Gange ist, nur stören und den Bolschewisten gefährliche Trümpfe in die Hand spielen. Der jetzige Aufstand ist eine Auseinandersetzung zwischen den Sozialrevolutionären und den Machthabern in Moskau. Wenn die Aufständischen die Parole ausgegeben haben: Alle Macht den Sowjets! So heißt das nichts anderes, als: In den Sowjets sollen alle sozialistischen Parteien gleichberechtigt zur Geltung kommen. Nicht aber darf sich der kommunistische Klüngel weiter anmaßen, allein die staatliche und politische Macht auszuüben. Die Bewegung der Sozialrevolutionäre war in Moskau und Petersburg sorgfältig vorbereitet, die Massenaufzüge mit den Kindern und Frauen an der Spitze (damit nicht geschossen wird) machten einen starken Eindruck. Aber in Kronstadt schlugen die Matrosen nicht früh genug los, und so hatte der „Henker Trotzki", der sich jetzt den Titel „Kriegsmarschall" zugelegt hat, Zeit zum Gegenstoß. Er sandte den ehemals zaristischen Oberleutnant jetzigen Bolschewistengeneral Tuchaczewski, der der „rote Napoleon" genannt wird, gegen die Kronstädter Aufrührer. Angenommen, die roten Truppen bewähren sich und Trotzki kehrt als Sieger in den Kreml zurück, so ist das bolschewistische Regime doch nicht befestigt. Es wankt auf allen Stützen. Die lächerlichen Dementis, daß in Petersburg und Moskau „vollkommene Ruhe" herrsche, die schwächlichen Zusicherungen, daß auf Verlangen der Arbeiter nunmehr alle Einwohner die gleiche Lebensmittelration erhielten und daß man über den etwaigen Eintritt von Sozialrevolutionären in die Räteregierung mit sich reden lasse, verraten genug. Man hat einfach die Arbeiter und damit die Parteimasse verloren, in deren Namen man bisher regiert hat. Eine große Anzahl von Arbeitern ist in die Reihen der Sowjetbürokratie übergetreten, aber noch weit mehr sind in die Dörfer übergesiedelt. Die Flucht der Arbeiter nach den Dörfern hat die Folge, daß die Bolschewisten zu Zwangsmaßregeln griffen, um die Arbeiter nach den Städten zurückzubefördern. So werden Treibjagden unternommen. Die Arbeiter sind also zum größten Teil Bauern geworden und verstärken so die Opposition gegen die städtische Räteregierung. Es ist durchaus glaublich, wenn von der finnischen Grenze berichtet wird, daß 50000 solcher Bauern, die früher Arbeiter und Soldaten waren, unter dem bisherigen bolschewistischen Kommandanten Antonoir, der zu der Bauernpartei übergetreten ist, im Anmarsch gegen Moskau seien. Kerenskis einstiger Kriegsminister Boris Wigdorewitsch Sawinkow, der nebenbei gesagt, als Anstifter des Mordes am Grafen Mirbach gilt, läßt ebenso wie Kerenski selbst wieder von sich hören. Er prophezeit für das Frühjahr einen großen Bauernaufruhr und in weiterer Folge die Wiederaufrichtung der Monarchie unter dem Bauernzar. Das klingt wie eine phantastische Geschichtsberechnung des jetzt vielgenannten Freiherrn von Stromer-Reichenbach, hat aber viel für sich, wenn man die tieferen Ursachen des derzeitigen russischen Aufstandes erkennt.

Sperrung des Telephon- und Telegrammverkehrs mit Oberschlesien während der Abstimmung.

Oppeln, 17. März. Die Interalliierte Kommission hat folgende Verordnung erlassen:

„Es wird hiermit bekannt gemacht, daß der Telephon- und Telegrammverkehr von Sonnabend, den 19. März 1921, mittags 12 Uhr bis Montag, den 21. März, 12 Uhr mittags für das Publikum gesperrt ist. In Fällen, die besonders wichtig und dringlich sind (Sterbefälle, schwere Krankheit, Unfälle) wendet man sich an den Kreiskontrolleur, um die Erlaubnis zu erhalten, den Telegraphen zu benutzen. Was die Pressetelegramme betrifft, so können sie nur durch die Zeitungsberichterstatter, die ihre Identität nachweisen können, abgesandt werden. Alle Telegramme, die durch die Telegraphenämter der verschiedenen Kreise übermittelt werden sollen, müssen mit dem Sichtvermerk der betreffenden Kreiskontrolleure versehen sein.

Ausnahmsweise können die Telegramme, die durch das Telegraphenamt Oppeln-Stadt übermittelt werden sollen, auch mit dem Sichtvermerk des Leiters der Pressestelle der Interalliierten Kommission versehen sein.

Die Telephonsperre am nächsten Sonntag ist allgemein, auch für die Presse und die Plebiszitkommissariate, sowie die Heimattreuen Verbände. Es ist nur ein Telegrammverkehr der Presse möglich. Doch müssen diese Pressetelegramme auch durchweg den Zensurvermerk des betreffenden Kreiskontrolleurs bezw. Stadtkontrolleurs tragen, oder aber der Presseabteilung der Interalliierten Kommission in Oppeln.

Den Pressevertretern werden zum Betreten des Regierungsgebäudes in Oppeln besondere Pressekarten ausgestellt, die mit einem Lichtbild und eigenhändiger Unterschrift versehen sein müssen. Lediglich diese Karte berechtigt in der Nacht vom 20. zum 21. zum Betreten des Regierungsgebäudes. In diesem Gebäude wird ein besonderer Saal für die Pressevertreter eingerichtet werden. In diesem Saal werden auch die von ihnen abzusendenden Telegramme die Zensurgenehmigung der Presseabteilung der Kommission erhalten. Es ist von der Kommission den Pressevertretern empfohlen worden, sich am kommenden Sonntag und Montag möglichst in Oppeln aufzuhalten, von wo sie am schnellsten und besten die Ergebnisse der Abstimmung bekommen können. Die Plebiszitkommissariate sind lediglich befugt, die örtlichen Ergebnisse an die Presse zu geben."

Endtermin der Abstimmungstransporte.

Dem Deutschen Schutzbund wird gemeldet, daß nach dem 19. März, 12 Uhr nachts, kein Stimmberechtigter die Abstimmungsgrenze passieren darf.

Oberschlesier im Reich.

WTB. Kattowitz, 16 Mai. Zu unserem großen Erstaunen vernehmen wir von den ankommenden Abstimmungsgästen, daß einzelne von Euch in letzter Stunde sich scheuen, die Fahrt nach Oberschlesien anzutreten, um ihrer Abstimmungspflicht zu genügen. Die Gerüchte über die Gefahren, die ihrer hier harren und Drohbriefe sollen die Schuld tragen. Landsleute! Jeder Abstimmungszug, der nach Oberschlesien kommt, die Tausende der bereits angekommenen Schwestern und Brüder rufen uns täglich zu: Froh war die Fahrt, froh ist das Land und Ruhe allerwegen! **Wenn auf der Fahrt das Herz noch schlug vor banger Erwartung, hier hat es sich beruhigt und schlug nur noch hoch in der Freude auf den kommenden Sieg, der hier das ganze Land erfüllt. Es gibt keine Gefahren. Landsleute! Die Unbequemlichkeiten der Reise dürfen uns nicht abhalten. Zehn nach Oberschlesien gekommene Rheinländer und Westfalen waren über 70 Jahre alt. Im ersten Sonderzuge, der zu uns kam, und der erste Zug aus Hamburg brachte 21 Säuglinge** im Mutterarm. Wollt Ihr Euch mutloser zeigen als Greise? Wollt Ihr schwächlicher sein als stillende Mütter? Die Unbequemlichkeiten werden Euch tausendmal vergütet durch das Bewußtsein, ich habe mit dazu verholfen, daß wir in wenigen Tagen sagen dürfen: „Wir haben gesiegt!"

Kattowitz, 15. März 1921.

Heimattreue Oberschlesier. — Zentralstelle Kattowitz.

Dr. Quester.

WTB. Berlin, 16. März. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien hat heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Teilnahme des preußischen Staatsministeriums eine letzte Aussprache mit den Provinzialbehörden der Grenzgebiete stattgefunden. Die Besprechung erstreckte sich über die gesamte Lage an der deutschpolnischen Grenze. Von allen Seiten wurde betont, daß trotz aller Störungsversuche der Polen die Abstimmung am Sonntag einen unbestreitbaren deutschen Erfolg bringen wird. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Bevölkerung in Oberschlesien trotz der gespannten Lage zur Beunruhigung keinen Anlaß hat und mit Zuversicht zur Abstimmung schreiten kann. Als notwendige Aufgabe aller Beteiligten wurde es bezeichnet, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung sich durch keinerlei Provokationen zu Unbesonnenheiten hinreißen läßt, wie sie der polnischen Seite zur Schädigung der Abstimmung erwünscht wäre.

Oberschlesisches Siedelungsland.

Aus Berlin wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß der unmittelbar nach der erst vor kurzem erfolgten Genehmigung der Bildung des Landlieferungsverbandes für Oberschlesien durch die J. K. im Landlieferungsverband zusammengeschlossene oberschlesische Grundbesitz außer den bereits zur Aufteilung vergebenen etwa 240000 Morgen noch weitere 143000 Morgen für Industriezwecke bereitgestellt hat. Hierin ist nicht inbegriffen der in Oberschlesien sehr ausgedehnte staatliche Domänenbesitz, über dessen Aufteilung der preußische Landwirtschaftsminister Braun sich bekanntlich vor kurzem ebenfalls in entgegenkommender Weise geäußert hat.

Der mustergültige Abwickelungsverkehr in der Abstimmlerbeförderung.

Die durchtriebene französische und polnische Spionage in den Abstimmlerzügen.

Wtb. Breslau, 16. März. Die Zentralstelle für die technische Durchführung der Abstimmungstransporte teilt mit: Auch der heutige Tag der großen Oberschlesischen Transportbewegung ist reibungslos und ohne Zwischenfall verlaufen. Die Züge eilen in ausgezeichneter Besetzung fast ohne Verspätung ihrem Ziele zu. Ebenso vollzieht sich der Rücklauf des leeren Materials ohne jede Störung. Dem Deutschen Schutzbund Berlin sind von einigen hundert Abstimmungsberechtigten Postkarten zugegangen, in denen ihnen der Dank für die hervorragend organisierte Fahrt in Oberschlesien in herzlicher und begeisterter Form zum Ausdruck gebracht wird. Die polnisch orientierte oberschlesische „Grenzzeitung" behauptet, in Deutschland mußten täglich mehrere Sonderzüge wegen schwacher Besetzung ausfallen. Wir stellen dem entgegen fest, daß kein einziger Sonderzug ausgefallen ist. In Hamburg, Bremen und Cöln mußten bereits Sonderzüge eingelegt werden. Vom 17. März ab werden ferner von Breslau drei neu eingelegte Sonderzüge abfahren, um den Andrang zu bewältigen. Die aus gleicher Quelle stammende Nachricht, daß die deutschen Abstimmungsberechtigten nach ihrer Ankunft in Oberschlesien sehr bald die gute Laune verlören, ist aus der Luft gegriffen. Das Gegenteil trifft sowohl für die Stimmberechtigten aus dem Reich wie für die einheimischen Oberschlesier zu.

Die Verpflegung auf der Reise wird auch heute von den durch Breslau kommenden Stimmberechtigten dankbar anerkannt. Besonders lobend wird ferner Oels hervorgehoben, dort ist es Vertretern des Schutzbundes gelungen, die Verpflegungsportionen dadurch zu erhöhen, daß ihnen kostenlos vom Lande Liebesgaben aller Art zur Verfügung gestellt wurden. Wir ergreifen hierbei mit Freuden die Gelegenheit, allen denen, die zu Gunsten Oberschlesiens Liebesgaben spendeten, oder ihre Arbeitskraft in den Dienst der guten Sache stellten, im Namen der Stimmberechtigten aus allen Gauen Deutschlands des Vaterlandes Dank auszusprechen.

Das Plebiszitkommissariat Oppeln erläßt folgende öffentliche Bekanntmachung: Die Personen der Kategorie B, deren Stimmrecht noch vor der Interalliierten Kommission in der Schwebe ist, werden telegraphisch von der gefällten Entscheidung in Kenntnis gesetzt werden. Ihr Passierschein wird schleunigst dem Magistrat Breslau zugesandt werden, der sie ihnen auf dem Hauptbahnhof in Breslau gegen Vorzeigung des oben genannten Telegramms übermitteln wird.

Im Interesse der Stimmberechtigten weisen wir noch auf Folgendes hin: An den Haltestationen vor der Grenze mischen sich französische Agenten in Zivil unauffällig unter die Reisenden und fahren im Zuge mit ihnen weiter. Sie sprechen gut deutsch und sehen auch äußerlich wie zur Abstimmung reisende Deutsche aus. Unterwegs lauschen sie den Reisenden vertrauliche Gespräche über im Widerspruch mit den Bestimmungen mitgeführte Gegenstände ab und achten besonders darauf, ob Reisende irgendwelche Schimpfworte gegen Ententeangehörige fallen lassen. Nach Ueberschreiten der Grenze werden dann die betreffenden Reisenden gefangen genommen und zur Verantwortung gezogen. Lichtscheues Gesindel macht sich im Gedränge an die Reisenden und stiehlt ihnen ihr Handgepäck.

Oberschlesier! Seid gegen jedermann auf der Hut! Achtet auf Euer Gepäck! Seid vorsichtig in Gesprächen!

Wtb Kattowitz, 16. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß der Eisenbahnverkehr am Abstimmungstage in vollem Umfange des Sonntagsverkehrs in ganz Oberschlesien durchgeführt wird.

Der deutsche Protest gegen die Gewaltmaßnahmen.

Wtb. Berlin, 15. März. Der Protest der deutschen Regierung beim Völkerbund gegen die Gewaltmaßnahmen erklärt, daß das Vorgehen der Verbündeten gegen den Vertrag von Versailles verstoße, und daß sich aus den allein in Betracht kommenden Bestimmungen des Vertrages kein Recht ableiten lasse, deutschen Boden außerhalb des Gebietes östlich des Rheins und der Brückenköpfe zu besetzen. Auch die wirtschaftlichen Maßnahmen könnten nach dem Vertrage nur wegen Nichterfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen verhängt werden. Ein solcher Verstoß liege aber nicht vor. Die teilweise Beschlagnahme deutscher Waren würde ausdrücklichen Zusicherungen widersprechen, die die belgische, britische und italienische Regierung wegen des Verzichtes auf die Anwendung des § 18 gegeben haben. Die Einführung einer eigenen Zollordnung in den Rheinlanden sei schon deshalb nicht als Strafmaßnahmen anwendbar, weil Artikel 270 des Friedensvertrages sie davon abhängig macht, daß sie zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandbevölkerung für erforderlich erachtet werden, während jetzt die Verbündeten beabsichtigen, mit den Zwangsmaßnahme Deutschland ihren Vorschlägen gefügig zu machen, die eine vom Vertrage abweichende Regelung der Frage vorsehen. Eine Verpflichtung zur Annahme der Vorschläge bestehe daher nicht. Die deutsche Regierung richte an den Völkerbundsrat das Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die von den Verbündeten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden.

Das französische Volk einig in den Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

WTB. Paris, 17. März. Die Rede Briands findet in der Morgenpresse eine gute Aufnahme. Echo de Paris sagt, es sei übertrieben, wenn man glaube, daß die Erklärungen Briands alles beenden. Er selbst habe ja zugestanden, daß noch ernste Probleme zu erledigen seien, und daß nach getroffener Entscheidung wieder andere verfolgt und zur Erledigung geführt werden müßten. Briand hielt gestern eine seiner besten Reden. Sie werde widerhallen im Lande und jenseits des Rheins, denn sie werde in Deutschland den festen Entschluß erkennen lassen, nicht nachzulassen und alles zu erlangen, was man Frankreich schulde. Matin lobt ebenfalls die Rednergabe Briands. Er habe das deutsche Volk benachrichtigt, daß das siegreiche Frankreich nunmehr entschlossen sei, Macht und Recht zur Anwendung zu bringen. **Petit Parisien sagt, es sei nicht zweifelhaft, daß die Beweisführung des Ministerpräsidenten auf Tatsachen beruhe und großen Widerhall jenseits des Rheins finden und in allen Ländern tiefen Eindruck durch ihre überzeugende und ergreifende Aufrichtigkeit haben werde. Petit Journal weist darauf hin, daß die Kammer**

gestern erkannt habe, daß man weder zum Friedensvertrag von Versailles zurückgegriffen habe, weil die Abkommen, die man nach und nach getroffen habe, dem Schuldner nicht ausgeführt worden seien. Die Kammer bewies durch ihren wiederholten, fast einmütigen Beifall, daß sie in dieser Methode den Ministerpräsidenten unterstütze.

Lokales.

Extrablatt.

Von einem sehr geschätzten Leser unseres Blattes wird uns in der frühesten Morgenstunde am Montag das Abstimmungsresultat aus dem Abstimmungsbezirk des Kreises Namslau zugehen. Wir sind durch dieses freundl. Entgegenkommen in der Lage unsern geehrten Lesern das Wahlergebnis vielleicht schon gegen 8 Uhr durch Extrablatt bekannt zu geben.

Wir wünschen, daß es einen überwältigenden Sieg für das deutsche Vaterland melden möge.

Die Expedition des Namslauer Stadtblattes.

?? **Namslau**, 18. März. **(Die Abstimmungszüge)** langten sämtlich fahrplanmäßig pünktlich auf hiesiger Station an und waren dichtbesetzt. Die Begeisterung, die alle Abstimmler, die zum Teil aus den entferntesten Teilen des Reiches herbeigekommen waren, beseelte, war bei allen zu erkennen, und sie wurde lebhaft angefacht durch die freundliche Aufnahme, die sie auch hier fanden. Auch mit den fahrplanmäßigen Zügen fuhren zahlreiche Abstimmler durch. Auf dem Bahnsteig wurde ihnen durch Helferinnen und Helfer Erfrischungen verschiedener Art verabreicht. Bei längerem Aufenthalt erhielten die Durchreisenden in der Baracke kräftige Kost. Die liebevolle Fürsorge wird von allen dankbar anerkannt, wie wir aus dem Munde Vieler hörten. Alle sind voll des größten Lobes. — Auch heut wurden die Ankommenden mit Jubel empfangen von den Kindern sämtlicher hiesiger Schulen und einiger Landschulen, die mit ihren Heltrisen entsprechende patriotische Gesänge verbanden. Außerdem brachte der Männergesangverein eine Anzahl Heimatslieder zu Gehör. Alle diese Darbietungen erfreuten die Gäste in hohem Grade, was der bekundete Beifall zeigte. Einige gelungene photographische Aufnahmen durch Herrn Photograph Heinrich hierselbst werden eine bleibende Erinnerung an die gegenwärtige große Zeit sein. — Morgen, Sonnabend, passieren wie heut wieder fünf Sonderzüge mit Abstimmlern. Auch diesen Durchfahrenden wird ein festlicher Empfang bereitet werden.

?? **Namslau**, 18. März. **(Riesengebirgsverein.)** Der Hauptvorstand hielt vor kurzem unter Leitung des verdienstvollen Vorsitzenden Geheimrats Dr. Seydel in Hirschberg eine Sitzung ab. Nachstehend lassen wir, da es die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe interessieren dürfte, einiges aus den Verhandlungen nach der „Schles. Ztg." folgen. Zunächst wurde bekanntgegeben, daß zur Deckung von Wegebauarbeiten im vergangenen Jahre Beiträge von mehr als 11 000 Mk. gespendet worden sind. Der Niederkreischamsteln bei Seitendorf wurde erworben und der Hauptverein als Eigentümer eingetragen, wodurch für die Erhaltung eines beachtenswerten Naturdenkmals gesorgt ist. Die Mittel zur Erwerbung brachten dankenswerterweise die Regierung Liegnitz und Kommerzienrat Elsner—Kauffung auf. Das bekannte Hotel Josephinenhütte in Schreiberhau soll als Gastwirtschaft eingehen, weil die Grundverschaft das Gebäude zu Geschäftsräumen und als Beamtenwohnungen braucht. Die Bemühungen des Vorsitzenden zur Erhaltung des Gasthauses waren ohne Erfolg. — Der Haushaltsplan für 1921 weist in Einnahme und Ausgabe die gleichhohe Summe von 48 000 Mark auf. — Der Hauptvorstand wird auf dem diesjährigen Vereinstage beantragen, den an die Hauptkasse abzuführenden Beitrag pro Mitglied von 3 auf 4 Mark zu erhöhen. — Um die unbedingt notwendigen Einnahmen zu beschaffen, hat der Hauptvorstand an diejenigen Gastwirte und Baudenbesitzer, die vom Touristenverkehr einen besonderen Nutzen haben, ein Rundschreiben mit dem Ersuchen gesandt, zu den sehr hohen Wegebaukosten Beihilfen zu spenden. — Einzelne Ortsgruppen haben Beihilfen in Aussicht gestellt, aber daran bestimmte Wünsche geknüpft. Der Gründung von Herbergen für Schülerinnen und Studentinnen wird weiter größte Beachtung geschenkt werden. Die Ortsgruppe Hirschberg eröffnet am 1. Mai d. Js. die erste Mädchenherberge in Hirschberg, wie solche auf böhmischer Seite schon vorhanden sind. Die Ortsgruppe Hirschberg wünscht, daß die größeren Ortsgruppen auf preußischer Seite sämtlich Mädchenherbergen errichten. Schließlich wurde von der Ortsgruppe Hirschberg der Hauptvorstand ersucht, zu veranlassen, daß an geeigneten Orten Verzeichnisse derjenigen Hochgebirgsbauten ausgehängt werden, die von tschechischen Wirten bewirtschaftet werden. Der H. V. wird diesen Wunsch in Erwägung ziehen.

= **(Ueber den Vogelschutz als notwendigen Bestandteil unserer Kultur)** hielt kürzlich der Ornithologe Schwabe im Hörsaal des zoologischen Instituts in Breslau einen überaus lehrreichen Vortrag. Wir finden darüber in der Breiger Zeitung einen Bericht, dem wir, weil die Ausführungen in die weitesten Kreise verdienen getragen zu werden, folgendes entnehmen. Der Vortragende betonte besonders die außerordentliche Bedeutung der Erhaltung der heimischen Natur für die geistige Gesundung unseres Volkes und für die Landwirtschaft. Er wies auf den eigenartigen Gegensatz zwischen Westdeutschland und Schlesien hin. Dort sei die Vogelwelt fast vernichtet; jetzt macht sich für Gartenbau wie Obstbau das Fehlen der „gefiederten Polizei" äußerst fühlbar und man versuche jetzt, mit allen Mitteln dem Vogelbestand wieder aufzuhelfen. In Schlesien hingegen, dessen Vogelwelt zwar noch leidlich reich, aber sehr gefährdet sei, tue man selbst in Landwirtskreisen fast nichts, um die Hilfe, die man an der Vogelwelt hat, sich zu erhalten. In eingehenden, klaren Ausführungen führte der Redner dann seine Hörer ins A-B-C des Vogelschutzes ein. Besonders interessant waren die neuen Methoden, beim Neu- oder Umbau von Gebäuden Nistgelegenheiten zu schaffen. Beherzigenswert waren auch die Winke für Heckenschnitt. Man solle statt des üblichen rechteckigen Schnittes einen mehr pyramidenförmigen anwenden, zumal dies auch recht hübsch aussieht und sogar Raum spart. Redner schloß mit dem Wunsche, daß auch in Schlesien Schritte zur Erhaltung unserer Vogelwelt getan werden, ehe es zu spät ist.

Heute
ist letzter Annahmetag
für Grenzspende!

= **(Arbeitszeit in Handwerksbetrieben.)** Der Herr Regierungspräsident zu Breslau hat nachstehende Anordnung erlassen: „In Handwerksbetrieben (Schmieden, Instandsetzungswerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Stellmacherei, Sattlerei), welche in vollem Umfange oder vorwiegend für die Zwecke der Landwirtschaft tätig sind, darf die tägliche Arbeitszeit bis zum 31. Oktober 1921 auf zehn Stunden täglich ausgedehnt werden. Insofern die Arbeitsstunden sind den Gehilfen und Lehrlingen täglich mindestens zwei Stunden Pausen zu gewähren. Ist durch Tarifvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit vereinbart, so gilt diese hinsichtlich ihrer Dauer auch für die Handwerksbetriebe, welche in vollem Umfange oder vorwiegend für die Zwecke der Landwirtschaft tätig sind. Vorübergehende Arbeiten, welche in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen, werden von diesen Bestimmungen nicht berührt. Eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit unterliegt der besonderen Genehmigung im Einzelfalle. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft."

= **(Der oberschlesische Bergbau)** konnte sich im Februar weiter günstig entwickeln, so daß eine durchschnittliche Tagesleistung von 122 257 Tonnen erreicht wurde. Im ganzen belief sich, Zeitungsnachrichten zufolge die Förderung an 23 Arbeitstagen auf 2 811 890 Tonnen gegenüber im Januar an 24 Arbeitstagen von 2 821 820 Tonnen. Die Waggongestellung war mit Ausnahme von zwei Tagen regelmäßig, so daß von 210 205 angeforderten Wagen bis auf 2054 alle gestellt werden konnten. Der Auslandsversand betrug 708 371 Tonnen (im Januar 665 132). Davon gingen nach Polen 264 884 Tonnen, Deutsch-Oesterreich 170 865 Tonnen, die Tschecho-Slowakei 137 247 Tonnen, Italien 96 619 Tonnen, Ungarn 17 705 Tonnen, Danzig 11 672 Tonnen und Memel 3639 Tonnen. Die Kohlenbestände gingen bis zum 28. Februar auf 352 617 Tonnen zurück.

= **(Keine Erhöhung der Kohlenpreise.)** Darüber wird aus Berlin folgendes berichtet: Die Kündigung des Lieferschicksalsabkommens durch die Bergarbeiter hat den Reichsarbeitsminister veranlaßt, Vertreter aller Arbeiterverbände zu einer Verhandlung in Berlin einzuladen. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, daß die Regierung einer Erhöhung des Kohlenpreises unter keinen Umständen zustimmen würde.

Die voraussichtlichen deutschen Stimmen in Prozentzahlen ausgedrückt des Kreises Namslau.

1. Dammer 85%, 2. Djiditz 80%, 3. Erdmannsdorf 85%, 4. Hennersdorf 95%, 5. Johannsdorf 80%, 6. Roldau 90%, 7. Polkowitz 95%, 8. Sorgow 85%, 9. Sophiental 85%, 10. Steinersdorf 85%, 11. Stergendorf 85%, 12. Wallendorf 75%.

Jedermann in Oberschlesien zählt die Stunden, die bis zu der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens noch übrig sind. Leben oder Tod, **Deutschland oder Polen**, wird sie für die Zukunft Oberschlesiens bedeuten. Liebe oder Haß werden siegen. Jedermann hat deshalb in seinem Busen die Wahl getroffen, die

frei, geheim und unbeeinflußt

von statten gehen soll. Diese Wahl ist bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf **Deutschland** gefallen. Alle Lüge, alle Verhetzung ist schließlich vergeblich gewesen und der rasende Terror hat auch den Idealisten unter den Polen die Augen geöffnet darüber, was von einer polnischen Zukunft für Oberschlesien zu erwarten sei. Unsere Vertrauensleute in allen Orten Oberschlesiens haben uns über die Stimmung an den Orten ausführlich Bericht erstattet. Wir können deshalb den Versuch unternehmen, die deutsche Mehrheit bei der Abstimmung ungefähr festzustellen. Wir fügen hinzu, daß wir alle Deutschland ungünstigen Momente insbesondere auch die Wirkung des moralischen Drucks, der **gegen den Willen des heiligen Vaters** immer noch manchenorts ausgeübt wird, mit in Rechnung gezogen haben. Unsere Rechnung ist so vorsichtig aufgestellt, daß die Zahl der deutschen Stimmen in Wirklichkeit bei weitem höher sei dürfte, nämlich um 10 bis 20%. Auch die ungünstigsten Orte können also noch für Deutschland erobert werden, wenn

jedermann seine Pflicht tut,

und niemand feige zuhause bleibt.

Im folgenden geben wir hiernach die mit dieser vollständigen Vorsicht erreckneten Ziffern wieder.

In Prozentzahlen ausgedrückte Stimmen in den Kreisen:

Kattowitz 56,8%, Beuthen 50,6%, Gleiwitz mit Rybnik-Nord 52%, Hindenburg 48,9%, Rybnik 50%, Pleß 40,57%, Ratibor 58,7%, Lublinitz 57,1%, Oppeln 61,4%, Groß-Strehlitz 51,7%, Kreuzburg 88,7%, Rosenberg 57,1%, Kosel 86,1%, Namslau 87%, Neustadt 70,9%, Leobschütz 15,1%.

Als Durchschnittsprozentsatz der deutschen Stimmen ergeben sich hiernach für die oben aufgeführten 16 oberschlesischen Kreise

63,35% deutscher Stimmen.

Die vorläufigen Schätzungen für die Kreise **Tarnowitz** und **Königshütte** stehen noch aus.

Einlegung der Züge 348/45 am Sonntag, 20. März.

Die zwischen Oels und Kreuzburg nur Werktags verkehrenden Züge 348 ab Namslau 4,13 Uhr nachm. und 345 ab Namslau 4,39 Uhr nachm. verkehren auch am Sonntag, den 20. März.

Grenzspenden-Konto.

Seit der letzten Veröffentlichung im Namslauer Stadtblatt sind beim hiesigen Grenzspenden-Konto 864 der Kreisbank Namslau folgende Spenden eingegangen:

Direktor Arndt und Frau, hier 20 M., Erlös der Theateraufführung des Eisenbahnerverbandes Namslau 218 M., Frl. Woitas, hier 4 M., Herr Daniel czyk 100 M., Reinertrag einer Theateraufführung der Arbeiter des Dom. Brzeginke zu Gunsten der Grenzspende 143 M., S. Bielschowsky, hier 1000 M., Gut Brzeginke 35 M.

Beim Spenden-Konto 255 der Städtischen Sparkasse gingen ein:

Sammlung durch Lehrerin Frl. Kalina lt. Sammelliste Nr. 2511 136,25 M., Herr Ojendaumstr. Zajung, hier 20 M., Herr Uhrmacher Beck, hier 25 M., Herr Lehrer Ullig lt. Sammelliste Nr. 2502 64 M., Sammlung durch Rektorin Frl. Janssen Liste 2490 55,50 M., Sammlung durch Rektorin Frl. Janssen Liste 2491 174,50 M., Sammlung durch Herrn Lehrer Birkhahn, hier, Liste 2463 35 M., Sammlung durch Herrn Lehrer Birkhahn, hier, Liste 2464 65 M.

Gesamtergebnis bisher: Kreisbank-Konto 364:	23 054,80 Mk.
Städtische Sparkasse Konto Nr. 255:	2 891,20 „
Sa.:	25 946,00 Mk

*** Bei der Herstellung von elektrischen Leitungen für Licht- und Kraftzwecke in geschlossenen Räumen wird häufig auf die vorhandenen Fernsprechleitungen nicht genügend Rücksicht genommen. Vielfach werden die Starkstromleitungen unmittelbar neben den Fernsprechdrähten an den Wänden entlang geführt und liegen bei Kreuzungen fest auf den Schwachstromleitungen. Hieraus ergibt sich eine Gefährdung der den Fernsprecher benutzenden Personen und des Personals der Fernsprech-Vermittelungsanstalten in solchen Fällen, in denen infolge Beschädigung der Isolierhülle ein Stromübergang aus der Starkstrom- in die Schwachstromleitung stattfindet. Eine solche Beschädigung kann schon aus geringfügiger und kaum wahrnehmbarer Ursache entstehen. Um dies zu verhüten, müssen die Starkstromleitungen innerhalb der Gebäude möglichst entfernt von den Fernsprechleitungen gezogen werden. Sind Kreuzungen oder Annäherungen bei festverlegten Leitungen an derselben Wand nicht zu vermeiden, so müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden, um eine Berührung der beiderseitigen Leitungen auszuschließen. Die Nichtbeachtung dieser Vorsicht macht die spätere Umlegung einer der beiden Anlagen notwendig und hat schon manchem Fernsprech-Teilnehmer Verdruß und Kosten verursacht.

Ober-Postdirektion.

Die Apo in Roldau.

Zwecks Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde die Apo in Roldau verstärkt. Führer wurde der polnische Leutnant Quasny. Besagter Herr war, solange er in Kreuzburg bei einer Kaufmannsfamilie auf der Gustav-Freytag-Straße wohnte, „deutsch", schimpfte seine Familie auf Polen. Selbiger Herr brachte nun seine Panowie selbst an. Die neue Aktentasche sollte wohl mehr Respekt verschaffen. Herrn Lehrer Baude fuhr nun dieser Pan heftig an, faßte und schüttelte ihn. Letzterer glaubte wohl schon in Polen zu sein. Herr Baude vermehrte ihm die Aufnahme in sein Quartier, da dasselbe für einen englischen Offizier bestimmt war. Der Herr Kreiskontrolleur, der am selben Tage in Roldau anwesend war, erfuhr gleich den Sachverhalt, da Herr Baude sich beschwerdeführend an ihn wandte.

Herr Leutnant Quasny soll früher auch schon beim Hauptzollamt in Pleß „versucht" haben; zufällig waren seine Papiere nicht in Ordnung und Qu. wurde entlassen.

Bekanntlich ist das Alkoholverbot über das Abstimmungsgebiet ausgesprochen. In Roldau bekommt der Pan keinen Schnaps. Er

Fortsetzung in der Beilage.

Kirchliche Nachrichten.

Von Sonnabend den 19. zum 20. März findet 12 Uhr nachts in der ev. Kirche ein Gottesdienst statt, in welchem um Gottes Hilfe zur Erhaltung Oberschlesiens gebetet werden soll. In derselben Zeit wird geläutet werden.

Am Sonntag Palmarum, den 20. März predigen:
8 Uhr vorm. Pastor Melz.
10 Uhr vorm. Pastor Fuhrmann.
2 Uhr nachm Kindergottesdienst Pastor Melz.
5 Uhr nachm. Vikar Stiller.
Kollekte für bedürftige Gemeinden Schlesiens.

Gründonnerstag, den 24. März 9 Uhr vorm. Beichte und Abendmahl Pastor Melz.
Gründonnerstag, den 24. März 4 Uhr nachm. 6. Passionsgottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier Vikar Stiller.

Karfreitag 7½ Uhr vorm. mit anschließender Abendmahlsfeier Pastor Melz.
10 Uhr vorm. mit anschließender Abendmahlsfeier Pastor Fuhrmann.
5 Uhr nachm. „ Vikar Stiller.
Kollekte für die „Notstände".

Vereinsnachrichten.

Sonntag, den 20. März 8 Uhr abends Jugendverein in der Herberge.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche) Schlippenstraße Nr. 6. Sonntag, nachm. 5 Uhr Versammlung

Synagogengemeinde.

Am Sonntag, dem Abstimmungstage, findet um 10½ Uhr vorm. ein Bitt-Gottesdienst statt. Nach dem Gottesdienst Teilnahme an der Kundgebung auf dem Ringe. Der Synagogenvorstand.

Standesamtliche Nachrichten.

Woche vom 12. bis 18. März 1921.

Es gelangten zur Anmeldung: **5 Geburten, 1 Aufgebot.**

Sterbefälle: Am 14. März Hedwig Krawiels aus Gemeinde Glausche, 7 Jahre alt, im Kreiskrankenhause. Am 14. März Erich Schlensog aus Breslau, 16 Jahre, im Krankenhause der Barmherzigen Brüder hierselbst.

Außerordentliche öffentliche Stadtverordneten-Versammlung.

Sonnabend, den 19. März 1921 nachm. 4 Uhr.

Vorlagen:

1. Die Neupflasterung der Bahnhof- und Mittelstraße, baldige Anschaffung des Pflasterungsmaterials und Bewilligung der Kosten hierfür.
2. Eine andere Preisfestsetzung für Brennholz aus den städt. Forsten.
3. Angliederung der höheren Knabenschule als gehobene Klassen an die evangl. Volksschule.

Namslau, den 17. März 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter.
Hirsch.

Bekanntmachung.

Mit Beginn des neuen Schuljahres (1. April) werden alle Kinder schulpflichtig, **welche zu dieser Zeit bereits sechs Jahre alt sind oder bis zum 30. September 1921 das sechste Lebensjahr vollenden.**

Diese Kinder sind

Dienstag, den 5. April 1921

den Volksschulen bei Vermeidung von Strafen zuzuführen und zwar

vormittags um 9 Uhr die Knaben,
„ „ 10 „ „ Mädchen.

Bei denjenigen Kindern, die nicht in hiesigen Kirchen getauft sind, muß bei der Einschulung der Taufschein (nicht die Geburtsurkunde) bei den in Namslau nicht Geborenen auch noch der Impfschein überreicht werden.

Sollte jedoch der körperliche oder geistige Zustand eines Kindes zu ernsten Bedenken gegen seine Beschäftigung in der Schule Anlaß geben, dann ist unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses die Befreiung von der ordnungsmäßigen Einschulung bei dem Ortsschulinspektor nachzusuchen. Auch in dem Falle, daß schulpflichtige und schulfähige Kinder zunächst häuslichen Unterricht erhalten sollen, ist dies dem Ortsschulinspektor und zugleich anzuzeigen, wer denselben erteilen wird.

Im Weiteren ist zu beachten, daß eheliche Kinder nur dann in einer anderen als der väterlichen Konfession erzogen werden dürfen, wenn der Vater hierüber eine bezügliche Willenserklärung abgibt.

Auch die persönliche oder schriftliche Anmeldung des einzuschulenden Kindes durch den Vater genügt als Nachweis.

Wenn der Vater nachweislich verhindert ist, das Kind selbst anzumelden oder eine entsprechende schriftliche Erklärung abzugeben, kann dieser Nachweis bei der Einschulung des Kindes auch in der Anmeldung durch die Mutter als erbracht angesehen werden, sofern nicht aus besonderen Gründen z. B. aus dem Besuch älterer Kinder in Schulen die Konfession des Vaters begründete Zweifel dagegen bestehen.

Nach dem Tode des Vaters schulpflichtig werdende eheliche Kinder sind stets in dem väterlichen, außereheliche Kinder stets in dem mütterlichen Religionsbekenntnis zu erziehen.

Namslau, den 18. März 1921.

Der Magistrat.

Höhere Knabenschule Namslau.

Die Anmeldungen zum Ostertermin bitten wir baldigst bei dem Rektor im Schulgebäude vormittags bewirken zu wollen. Der Unterricht berücksichtigt die Lehrpläne des Gymnasiums und Realgymnasiums. Für auswärtige Knaben weisen wir auf die günstigen Bahnverbindungen hin.

Der Vorstand.

Verreist zwecks Abstimmung bis 27. d. Mts.

Dr. Nerlich.

Abstimmungsberechtigte!

Die Interalliierte Kommission hat verfügt, daß die Grenze für Oberschlesien **heut, den 19. März, abends 12 Uhr für Abstimmungsberechtigte**

gesperrt wird!

Landsleute, wir raten Euch dringend, sich ☛ heute noch nach dem Abstimmungsort zu begeben!

Verein. Verbände heimattreuer Oberschlesier
Bezirksgruppe Namslau.

Achtung! Hausbesitzer!

Dienstag, den 22. März abends 8 Uhr findet im Saale des Herrn **Grimm** eine

Hausbesitzer-Versammlung

zwecks Gründung eines Hausbesitzer-Vereins in Namslau statt. Herr Geschäftsführer **Braune,** vom schlesisch-posenschen Haus- und Grundbesitzerverein aus Breslau wird einen Vortrag halten. Thema: **Höchstmieten, Mietseinigungsämter, Steuern, Brandnot-Versicherung, Haftpflicht-Versicherung usw.**

Im Interesse des Hausbesitzerstandes ist zahlreiches Erscheinen der Wirte nebst Ehefrauen dringend notwendig.

Hosemann. Urban.

Feuerarbeiter-Innung zu Namslau.

Montag, den 4. April d. Js., nachm. 3 Uhr wird durch den Vorstand das

Oster-Quartal

bei Herrn **Weber** abgehalten werden. Zur Erledigung gelangt: Freisprechen von Lehrlingen. Anmeldungen zum Prüfen sind bald beim Unterzeichneten anzubringen.

O. Thusa, Obermeister.

Für die ihnen zu ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten
danken verbindlichst

Berthold Franke
u. Frau Margarete geb. Gornig.

Namslau, März 1921.

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeiten zur **Konfirmation** meiner Tochter Klara danke ich recht innigst.

Frau Elfriede Bader.

Steuerberatung

fachmännische mit gleichzeitiger Vertretung beim Finanzamt durch **Steuersyndikus** (Jurist)

Prüfung und Durchführung der Verfahren bereits erfolgter Veranlagungen zur Kriegsabgabe und Reichsnotopfer u. anderen.

Anfertigung der Einkommensteuer-Erklärungen

durch

Erste Schles. Steuerprüfungs- u. Treuhand-Ges. m. b. H.
Breslau V, Tauentzienstr. 20
Fernruf Breslau Amt Ring 2720 u. 2760.

Photographische Aufnahmen des Bahnhofs im Festschmuck sowie Aufnahmen bei Abfahrt von Sonderzügen sind **ab Montag** bei der Propaganda-Abteilung in der Baracke der Bezirksgruppe am Bahnhof käuflich zu erhalten.

Broschüre über
Patent
Anmeldung u. Verwertung
umsonst durch
Walter & Co., Breslau 2.

Sehr schöne
Gimpel
hat zu verkaufen
P. Krowiors,
Stezendorf.

Kräftige Burschen

können sich sofort melden in

Ziegelei Krickau.

Namslauer Lichtspiele.

Grimm's Hotel.

Sonntag, den 20. März 1921, 5 und 8 Uhr.

Das Geheimnis des Spiritisten Anita.

Sensationsdrama in 5 Akten
von Dr. Fritz Löhner-Beda.

Otto geht auf die Tour.

Lustspiel in 3 Akten. — Kartfolfilm.

Noch ist es Zeit, 250 000 Mark zu gewinnen!

Lose der Großen Geldlotterie zugunsten der Kriegsgefangenen-Heimkehr II. Reihe pro Stck. **6.50 Mk.**

Zu haben in der

Raucher-Quelle, Inh.: Gustav Gaul,
Wilhelmstr. 8. Telefon 183.

Bei der am 18. u. 19. Februar d. Js. stattgefundenen Ziehung der Schlesischen Lotterie fielen 21 Gewinne in meine Glückskollektion.

3000 M.-Preisrätsel

Er verliebte sich in ein Mädchen, das, ohne es gelernt zu haben, — — — — —. Erst hinterher kam er hinter ihr — — —, sie — —, was auch jede — — — —, wenn sie — — — — — benutzt.

Wer ergänzt diese rätselhafte Inschrift so, daß die Empfehlung eines bekannten Hilfsmittels weiblicher Handfertigkeit daraus entsteht? 27 Preise im Werte von zusammen 3000 Mark sind auf die Lösung ausgesetzt. Näheres unentgeltlich am Verkaufsstand der

ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER
bei
S. Schwerin, Namslau, Ring 17.

Meiner geehrten Kundschaft sowie einer geehrten Einwohnerschaft von **Stadt u. Kreis Namslau** zur gefälligen Kenntnis, daß ich meinen Betrieb durch Ausführung

elektrischer
Licht- u. Kraftanlagen

infolge Aufnahme eines Bruders in mein Geschäft erweitert habe. Ich bitte, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auch meinem Bruder zuwenden zu wollen, indem wir der uns beehrenden Kundschaft eine reelle Bedienung bei billigster Berechnung zusichern. — Anschließend an Vorstehendes beehre ich mich noch darauf hinzuweisen, daß ich mir durch langjährige Tätigkeit im

Elektro-Motorenbau sowie in Ausführung
:: elektrischer Licht- und Kraftanlagen ::

soviel Fertigkeiten und Kenntnisse angeeignet habe, daß ich glaube, allen an mich gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Wir bitten darum bei Vergebung von Hausinstallation und elektrischen Licht- und Kraftanlagen uns gütigst zu berücksichtigen und zeichnen

Hochachtungsvoll

Gebr. Müller, Namslau Fernsprecher Nr. 314.

Otto Müller, Klempnermeister u. Installateur.
A. Müller, Elektrotechnisches Büro.

Volksbücherei. Letzte Ausgabe Montag 5 Uhr.
Schmidt.

Ein Cutaway und ein Straßen-Anzug zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Breslauer Schuhwarenhaus Bernstadt i. Schl.

Namslauerstr. 16.

Billige Sonderangebote:

Damen-Schnürstiefel
gute Lederausführung, 128, 115 Mk.

Herren-Schnürstiefel
gute Lederausführung, 145, 125 Mk.

Sonntag, den 20. März bis 5 Uhr geöffnet.

Damen-Halbschuhe
gute Lederausführung, 98, 89 Mk.

Kinderstiefel
in allen Preislagen.

Männer-Gesangverein.

Antreten

Sonntag 11¼ Uhr vollzählig am **Eingang zum Rathaus.** (Wie Anzeige im Stadtblatt.) Hoher Hut.

Tietze, Vorsitzender.

Zwangs-Versteigerung

Heut Sonnabend, d. 19. d. Mts. vorm. 10 Uhr werde ich bei Frau Gasthausbesitzer **Weber** hierselbst

einen neuen beschlagenen 3zöll. Wagen, 1 Pferdegeschirr, 1 Harmonika, Kleidungsstücke u. a. m.

öffentlich versteigern.

Reimann,
Gerichts-Vollzieher in Namslau.

☛ **Kaufe**
ganze und halbe
Rotwein-Flaschen
sauber und geruchfrei.
Gustav Wendrich.
Hauptgeschäft Ring 11.
Filiale Wilhelmstraße 7.

---

3 Paar weiße, fast neue Schuhe Nr. 36—38 sowie einen ☛ **1-flam. Gaskocher z. verk. Beck,** Ring 21, 2 Tr.

20000 Mk.

Betriebskapital gesucht. Angebote unter **J. K. 10** an die Exp. d. Bl.

Gebrauchtes gut erhaltenes ☛ **Damen-Fahrrad** zu kaufen gesucht. Gefl. Offerte mit Preisangabe an die Exp. d. Bl.

Fast neuen, leichten
2zöll. Arbeitswagen
verkauft
Linke, Böhmwitz.
Stellmacherei mit Kraftbetrieb.

Suche für mein Kolonialwarengeschäft

einen Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern.
Robert Liehr.

Beamter sucht zum 1. April

möbl. Zimmer.

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nebst 1 Beilage

Beilage zu Nr. 22 des „Namslauer Stadtblattes“.

Namslau Sonnabend, den 19. März 1921.

erzählte, die Roldauer Gastwirte hätten ihm Gift statt Schnaps ins Glas getan, er sei aber „Doktor“ (jedenfalls ist in Polen jeder, der lesen und schreiben kann, „Doktor“) und habe das gemerkt. Hier war also nichts zu machen, da ging er einfach in die Nachbarschaft und betrank sich dort mit einem polnischen Oberwachtmeister, daß er von Gott und der Welt nichts wußte. Möglicherweise will der Pan verhüten, daß sich andere am Alkohol betrinken. Er treibt auch „gar keine Propaganda“. Einmal ließ er im Quartier seiner Beamten Grog brauen, sprach ihm fest zu, hielt dann große Reden, zum Schluß wurde das bekannte polnische Lied: Jeeze Polka . . . . . gesungen. Der Herr Leutnant „darf“ es doch tun.

Die J. K. in Oppeln wird sich wohl „ein bißchen“ mit dem Herrn beschäftigen müssen, da viele Beschwerden gegen ihn vorliegen.

Karlik.

Fußballsport.

Der S. C. Preußen hatte am letzten Sonntag fast alle seine Kräfte nach außerhalb gesandt. Die 2. und 3. Elf waren in Oels und spielten gegen S. S. C. 2 Oels resp. T. V. Vorwärts 3 Oels. Eine kombinierte Mannschaft war beim S. C. Bernstadt 1 zu Gaste.

S. C. Preußen 2 schlägt S. S. C. 2 4 : 2 (2 : 0). Die 2. Elf hat ihren Siegeszug fortgesetzt. Im fälligen Verbandsspiel konnten sie über die Schüler einen harten aber verdienten Sieg erringen. Pünktlich 3 Uhr wurde das Spiel angepfiffen. Man sieht zunächst ein beiderseitiges vorsichtiges Tasten. Die Preußen, den Wind als Bundesgenossen, ziehen bald vor das Heiligtum der Oelser und Kirchner kann in der 15. Minute das 1. Tor für seine Farben buchen, dem bald darauf Jahns durch einen feiner gefährlichen Schrägschüsse einen 2. folgen läßt. Nach den darauf abwechselungsreichen Anstrengungungen tritt Pause ein. Nach Halbzeit sind es die Schüler, die mächtig aus sich herausgehen, zeitweise sogar überlegen sind. Sie vermögen ihr 1. Tor zu erzielen und drücken weiter. Endlich klärt die Preußenverteidigung die kritische Lage. Der Sturm kombiniert gut und Kirchner kann den Vorsprung auf ein 3. Tor erhöhen. Die Preußen bleiben weiter im Angriff und Breßler schießt Nr. 4. Der Schiedsrichter verlängert die Spielzeit um 3 Minuten und da gelingt es den Oelsern ein 2. Tor zu erringen. Bald darauf ist Schluß. Preußen 2 hat den Sieg verdient. Der Kampf war äußerst fair und interessant. Der Schiedsrichter war bemüht, den gestellten Anforderungen in jeder Weise gerecht zu werden. — Die Mannschaften: Burda, wie immer gut, hätte jedoch noch besseres leisten können. Engel und Heinke vorzüglich, nur muß Engel dem Tormann mehr Spielraum lassen. In der Läuferreihe gab jeder sein bestes. Im Sturm war eine Umstellung vorgenommen, die sich gut bewährte. Durch das Nachsetzen des neuen Mittelstürmers Kirchner wurden 2 Tore auf sein Konto gesetzt. Gornig zeigte gutes Kombinationsspiel und verhalf dadurch zu dem schönen Resultat. Breßler, wie immer aufopfernd und gut. Die beiden Außen, Sosnitza und Jahns, äußerst schnell und leisteten hervorragende Flankenläufe, die dem Spiel einen lebendigen Anstrich gaben. Jahns hätte mehr bedient werden müssen. Die Schülermannschaft war gut ausgeglichen. Hervorzuheben sind Rechtsaußen, Mitte, rechter Läufer und linker Verteidiger.

Am Charfreitag beendet S. C. Preußen 2 seine Serie mit dem Spiel gegen Vorwärts 2. Auch hier dürfte es den Heimischen gelingen, die Oelser zu schlagen. Leider soll die Mannschaft zerrissen werden, da dem Vernehmen nach etliche Spieler Namslau verlassen, wodurch die Baumeisterschaft wieder sehr in die Ferne gerückt würde.

Weitere Resultate: Vorwärts 3 — Preußen 3 3 : 0. Komb. Preußen—S. C. Bernstadt 1 3 : 3.

Glückwunschtelegramm aus Flensburg.

Der Bezirksgruppe heimattreuer Oberschlesier Namslau ging am 16. d. Mts. folgendes Telegramm aus Flensburg zu:

Am Jahrestag der glücklichen Volksabstimmung in der zweiten Zone Schleswigs gedenkt die in 12 Massenversammlungen vereinigte 36000 Flensburger Einwohnerschaft mit besonderer Innigkeit des unmittelbar vor der Entscheidung stehenden Brudersstammes in Oberschlesien. Wie in Schleswig die Liebe zur Heimat und das Zusammenhalten aller Parteien und Stände den heimatlichen Boden vor dem Schicksal bewahrt hat, von der großen deutschen Volksgemeinschaft losgerissen zu werden, in der allein seine Bewohner gedeihen können, so ist gewiß, daß auch unser oberschlesischer Bruderstamm durch Liebe zu seinem heimatlichen Boden und den treuen Zusammenhalt aller seiner Kinder Recht und Wahrheit zum Siege führen wird. Schleswig-Holsteiner Bund.

Keine Politik der Rache in Oberschlesien.

Berlin, 16. März. Im Reichstag fragte gestern der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken den Innenminister um Auskunft darüber, ob den in Oberschlesien aufgetauchten Gerüchten Bedeutung beizumessen sei, die Reichsregierung wolle für den Fall eines für Deutschland günstigen Abstimmungsergebnisses gegen Beamte, Arbeiter und Angestellte, die für Polen propagandistisch gewirkt haben, Vergeltungsmaßregeln üben. Reichsminister Dr. Koch erklärte, die Reichsregierung weise es weit von sich, in Oberschlesien bei einem für uns günstigen Abstimmungsergebnis irgend eine Politik der Rache oder Vergeltung zu treiben. Ihre Haltung unterscheide sich durchaus von derjenigen, die Korfanty einnimmt. Die deutsche Regierung wünsche nichts sehnlicher, als daß dieses unglückliche Land endlich wieder zurückkehren könne in die Verhältnisse des Friedens, der Versöhnung und der gegenseitigen Achtung.

Foch über Ludendorff.

Paris, 16. März. Der „Intransigeant“ gibt eine Unterredung mit dem Marschall Foch wieder, in der sich dieser über die Fähigkeiten des Generals Ludendorff unter anderem dahin äußert, daß Ludendorff ein ausgezeichneter Generalstabsoffizier sei. Von der Führung eines Volkskrieges verstehe er dagegen nichts. Foch ging dann auf die Niederlagen des deutschen Heeres ein und sagte, wenn Ludendorff bereits am Tage von Montdidier Ende August 1918 den mutigen Entschluß gefaßt hätte, sich bis zur Maas zurückzuziehen, so hätte er seinen Widerstand im Winter 1918 vielleicht noch auf einen Teil des Jahres 1919 hinhalten können. Es war der größte Irrtum Ludendorffs, daß er sich an seine Stellungen festklammerte. Dies hätte dazu geführt, daß er seine besten Truppen nach und nach zurückziehen ließ, nur um das Kriegsmaterial zu retten.

Wtb. Paris, 17. März. „Oeuvre“ meldet: In der Kammer wird jedenfalls eine Vertrauensfragesordnung eingebracht werden, die von den Vorsitzenden der meisten Parteien unterstützt wird. Es besteht die Absicht, sie ähnlich abzufassen wie die Tagesordnung, die das englische Unterhaus angenommen hat. Es soll betont werden, es bestehe die Notwendigkeit, von Deutschland zu verlangen: Wiedergutmachung, Entwaffnung und Bestrafung der Kriegsbeschuldigten.

Wtb. Paris, 17. März. Das Syndikalistenblatt „Le Peuple“ meldet weiter: In der gemeldeten Entschließung des internationalen Gewerkschaftsverbandes in Amsterdam wurde noch gegen die Zwangsmaßnahmen namentlich gegen die Anwendung militärischer Gewalt Einspruch erhoben und versichert, daß ein Einverständnis zwischen den verschiedenen Ländern zum Wiederaufbau der Ruinen erzielt werden könne, denn der Wille der Deutschen zur Reparation sei vorhanden. Schließlich wurde eine unparteiische Untersuchung vorgeschlagen; wenn nötig sollte man eine schiedsgerichtliche Entscheidung herbeiführen.

Hörsing gegen die wilden Streiks und Räubereien.

Privattelegramm. **Berlin,** 17. März. Blättermeldungen aus Halle zufolge richtete der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hörsing angesichts der Zustände im Industrierevier des Regierungsbezirks Merseburg, in dem u. a. die Leuna Werke liegen, einen Aufruf an die Bevölkerung, der sich gegen die wilden Streiks, Räubereien und bandenmäßig verübten Verbrechen aller Art richtet. Der Aufruf hebt hervor, daß diese Zustände auf internationale Verbrecher zurückzuführen sind, und nicht, wie man allgemein glaube, der Kommunistischen Partei zur Last fallen. Um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen, werden in den nächsten Tagen nach vielen Orten des Industriegebietes starke Polizeikräfte gelegt werden, die mit aller Schärfe gegen die Verbrecher vorgehen, sich aber nicht in politische oder gewerkschaftliche Dinge mischen sollen.

Die Demokratische Partei gegen eine bürgerliche Einheitsfront.

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, hat die demokratische Fraktion des preußischen Landtages in Uebereinstimmung mit dem Parteiausschuß auf die Anregung der Deutschnationalen Volkspartei eine nationale Einheitsfront durch Herstellung eines Bürgerblocks zu bilden, geantwortet, daß die Einheitsfront zwar das Gebot der Stunde sei, aber zur Zeit nicht zu erreichen wäre. Durch die Verwirklichung der deutschnationalen Vorschläge würde man diesem Ziele nicht nur nicht näher kommen, sondern sich von ihm entfernen. Wie das Tageblatt dazu bemerkt, ist die Frage eines Bürgerblocks für die Demokraten hiermit erledigt.

Die Lage in Rußland.

Bolschewistische Massenerschießungen.

Riga, 16. März. Aus Sowjetrußland wird gemeldet: Mit großer Hartnäckigkeit wird der Aufstand von den Bolschewisten bekämpft. In der Zeit vom 28. Februar bis 6. März wurden durch besondere Abteilungen der Roten Truppen 2600 Personen zum Tode verurteilt und erschossen.

Wtb. Kopenhagen, 15. März. Ein Telegramm aus Helsingfors besagt: Wie das Nowosti-Büro aus Moskau erfährt, breitet sich die revolutionäre Bewegung ständig aus. Die Kämpfe in Kronstadt und Petersburg haben in den letzten Tagen einen sehr heftigen Charakter angenommen. Die Sowjetregierung machte einen mißglückten Versuch, Artillerieoffiziere von Moskau nach Petersburg zu kommandieren. Die Truppen weigerten sich überhaupt, an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen.

London, 16. März. Ueber die Aufstandsbewegung in Rußland melden englische und französische Blätter, daß Trotzki das Kommando vor Kronstadt übernommen habe. Die russische Schwarzmeerflotte habe, wie dem „Daily-Expreß“ gemeldet wird, gemeutert und die der Sowjetregierung ergebenen Kommissare ins Meer geworfen. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll sich auch die Kaspische Flotte den Aufständischen angeschlossen haben. Neue Angriffe gegen Kronstadt sind mißlungen. Große Arbeitermassen sollen sich auf dem Wege nach Südrußland befinden, um sich mit der Armee Antonow zu vereinigen, die in Richtung Moskau marschiert. In Kronstadt nehmen selbst Frauen an der Verteidigung teil. Die Kronstädter Regierung teilte dem Roten Kreuz mit, es sei ihre Absicht, Rußland wieder herzustellen; sie wolle Rußland nicht an den Rand des Abgrundes bringen, wie die Bolschewisten es getan haben.

Aus der Tschecho-Slowakei ausgewiesen.

Berlin, 16. März. Der Kommunist Walter Stöcker, der als Delegierter der Vereinigten Deutschen Kommunistischen Partei am Reichenberger Kommunistischen Parteitag teilnehmen wollte, wurde aus dem Gebiet der Tschecho-Slowakei ausgewiesen.

Die Londoner Konferenz vor der Pariser Kammer.

Paris, 16. März. Dienstag begann in der Kammer die große Verhandlung über die Londoner Konferenz. Briand wird erst am Mittwoch Erklärungen abgeben. Der ehemalige Vizepräsident Hennsy bedauert, daß Briand nicht das deutsche Geld „mit nach Hause" gebracht habe. Er kritisiert dann weiter, daß man nicht wisse, ob Frankreich jetzt Garantien habe, oder ob es sich bei der Besetzung der Ruhrstädte nur um eine vorübergehende Zwangsmaßnahme oder eine endgültige Besetzung handele. Zur Abgabe auf die deutsche Ausfuhr übergehend, meinte er, daß die Engländer diese so zu gestalten beabsichtigen, daß sie nach ministeriellen Verfügungen abgeändert werden kann. Der Redner sieht darin eine Benachteiligung der anderen Verbandsländer. Die Engländer schienen überhaupt am meisten Nutzen von der Londoner Konferenz gezogen zu haben. Diese Ausführungen wurden von der Kammer mit Zustimmung aufgenommen. Den besten Zwangsmodus für Deutschland sieht Hennesy in der Lieferung von Waren und Arbeitskräften. Ministerpräsident Brand erklärte dazu, daß Reichsminister Dr. Simons in London einen derartigen Vorschlag gemacht habe, jedoch nur in sehr unbestimmter Form. Von den Ausführungen der weiteren Redner ist von Interesse, die Behauptung des Abgeordneten Freipel, der betont, daß in den verwüsteten Gebieten alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter freundlich gesinnt sei. Drei Abgeordnete aus den Norddepartements unterstützten diese Ausführungen. Auch die Entwaffnungsfrage spielt in den Ausführungen anderer Redner eine große Rolle. Zwecks Entwaffnung Deutschlands empfiehlt ein Redner die Verlängerung der Tätigkeit der Interalliierten Kommission. Die Aussprache wurde auf heute Mittwoch vertagt.

Schnellzug Paris—Berlin—Warschau.

Wtb. **Paris**, 16. März. Die Nordbahn hat gestern um 5 Uhr 50 Min. nachmittags zum ersten Mal seit dem 30. Juli 1914 den Schnellzug Paris—Berlin—Warschau in Betrieb gesetzt.

Schwarze Besatzungstruppen.

Casablanca, 17. März. Das 66. marokkanische Schützenregiment, das im Rheinland Garnison beziehen soll, wurde heute nach Marseille eingeschifft.

Ein Jahr siegreicher Volksabstimmung.

Flensburg, 15. März. Vor einem Jahre war die siegreiche deutsche Abstimmung der zweiten schleswigschen Zone. Die Stadt hatte zur Feier des Ehrentages sich mit deutschen Fahnen festlich geschmückt. Gestern fanden große Volkskundgebungen statt.

— „In einigen Zeitungen fand sich vor kurzer Zeit folgende Anzeige: — Auswanderer gesucht! Personen aller Stände, welche evtl. einmal auszuwandern gedenken, wollen in ihrem eigenen Interesse sof. Gratisprosp. verlangen von Handelskontor Pforzheim. —

Das Handelskontor Pforzheim besteht aus dem aus dem Zuchthaus entlassenen Strafgefangenen Fritz Spitznagel, der wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft wurde. Spitznagel besitzt nicht die geringsten Auslandkenntnisse. Er beschäftigt sich mit dem Versand von Büchern an Auswanderer."

Die Völkerwanderung 1921.

Namslauer Grenzgruß.

Melodie: Strömt herbei Ihr Völkerscharen.

Seid gegrüßt Ihr deutschen Scharen,
Die Ihr strömt von nah und fern.
Eure Heimat zu bewahren,
Folgt dem Ruf Ihr alle gern.
Von des Rheines stolzem Strande
Und von Hamburgs altem Port
:,: Eilt Ihr nach dem Heimatlande
Nach dem lieben Vaterort. :,:

Tag und Nacht und jede Stunde
Rollt der Züge lange Reih'
Und mit diesen treu im Bunde
Sausen Autos schnell vorbei. —
Fern von Villaus starken Molen
Durch der Ostsee tiefes Blau
:,: Eilen Dampfer, um zu holen
Mann für Mann und Frau um Frau. :,:

Aus den weiten Slavengauen,
Ja, vom alten Strome Nil,
Von der Donau, von der „Blauen"
Eilen Schlesier zum Ziel.
Auch vom Niagara-Strande
Von La-Plata — Mexico,
:,: Aus dem fernen Heiligen Lande
Kommen Deutsche heimwärts froh. :,:

Weit 'gen Oppeln geht die Reise
Leuchtend lacht der Sonnenschein
Froh ertönt der Lieder Weise,
Winkend grüßen Groß und Klein,
Durch des Bahnhofs weite Hallen
Klingt der Hörner heller Klang
:,: Und den Spenderinnen allen
Schallt der satten Gäste Dank. :,:

Wen das Heimatrecht berechtigt,
Mitzustimmen in O.-S.,
Von Korfantz schwer verdächtigt — —
Trotz Gefahr von Rybnik-Pleß — —
Eilt ein Jeder aus der Ferne
Ueber Land und übers Meer,
:,: Liebend opfern alle gerne.
Welch ein neues Siegesheer! :,:

Ziehet hin gleich Kriegsbrigaden
Deutsche Männer, deutsche Frauen!
Zieht auf Bahnen, Straßen, Pfaden
Eure Heimat neu zu bau'n!
Treu bewahr' Euch Gottes Güte!
Er bestraft der Feinde Schuld.
:,: Eure Fahrt der Herr behüte!
Sieg Euch schenke seine Huld! :,:

Namslau, 18. März 1921. **Th. H.**

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier
Bezirksgruppe Namslau.

Der alte Fritz und Oberschlesien.

Von Max Brinkmann.

Der Alte Fritz, als der Morgen erglommen
Dort oben im hohen Elysium,
Hat eben die neueste Post bekommen;
Und es hören des Alten verdrießlich Gebrumm
Die Engelein, die dort lauschten im Saal:
„Was ist's mit dieser — **Schlesischen Wahl?**

Ist's möglich! Was treibt für seltsame Blüten
Da unten die närrische Erdenwelt!
Es haben **Yankees, Franzosen** und **Briten**
Die **Deutschen** zu einer Wahl bestellt,
Zu einer **Wahl** — oh milletonnère! —
Wes Land dieses schöne Schlesien wär??

Dort sollen — wie heute die Blätter schreiben —
Die Bürger bekunden am zwanzigsten März,
Ob sie in Zukunft werden wollen
Deutsch oder — polnisch! Kein übler Scherz!
Wie schade, daß einst jener Teufel verreckt,
Der dieses Plänchen hat ausgeheckt!" —

So hörte man wettern den alten Recken,
Es schleuderten seine Augen Blitze,
Daß sich die Engelein gleich versteckten
Vor Angst in einer Wolkenritze.
Doch schließlich — wie Sonne nach finsterer Nacht —
Da hat der Alte hell aufgelacht:

„Wohlan, ihr mögt sie zum Wählen führen,
Meine **Preußen** im alten Schlesierland,
Doch **dies** will ich feierlich gleich testieren
Den Herren mit superklugem Verstand,
Die dort in Paris mit emsigem Mühn
Gar fein ihre schurkischen Fäden ziehn:

Ich schwör's bei den Fahnen von **Mollwitz** und **Leuthen**,
Von **Hohenfriedberg** und von **Prag**
Die **Antwort** werden euch tüchtig bereiten
Meine Kinder an jenem Märzentag!
Durch eure Rechnung macht einen Klecks
der Name — — — — **FRIDERICUS REX!**"

Deutsche Antwort.

Jauer, 14. März. Kaufmann Friedrich Krebs hier hat einer französischen Firma, die ihm Lebensmittel, (Käse usw.) anbot, folgende Antwort zukommen lassen: Jauer i. Schl., den 10. März 1921. Firma Michel und Cie. Paris, Rue Saint Bon 6. Ihr Angebot vom 25. Februar traf gestern hier ein, und wenn ich Mühe und Unkosten nicht scheue und dieses beantworte, so tue ich es lediglich deswegen, um Ihnen zu beweisen, daß die in ihrem Vaterlande so verhaßten und verachteten Deutschen Ehrgefühl und Nationalstolz genug besitzen, um Ihnen das Folgende zu sagen: So lange es Kaufleute in Frankreich dulden, daß Leute vom Schlage der Briand, Poincaree, Viviani, Clemenceau und Genossen es wagen dürfen, die deutsche Nation als Boches zu bezeichnen, die sie nach ihrer Meinung mit Schmutz bewerfen und demütigen können, so viel es ihnen beliebt, — so lange noch arme Kriegskameraden von mir, die nichts weiter verbrochen haben, als daß sie ihre Pflicht getan und ihre deutsche Soldatenehre gewahrt haben, wie Verbrecher in französischen Zuchthäusern widerrechtlich zurückgehalten und gemein behandelt werden, — so lange auf Betreiben Frankreichs vom Verbande verlangt wird, daß Deutschland allen Beweisen zum Hohne zugeben soll, allein am Kriege schuld zu sein, so lange der Verband Forderungen aufstellt, die den Bestand des Deutschen Reiches gefährden und die nur eine ehrlose Nation unterschreiben kann, und diese Forderungen durch erpresserische Maßnahmen durchzudrücken versucht, — solange man uns vom Verbande nicht als gleichberechtigte Nation anerkennt, — so lange können Sie Ihre Erzeugnisse in Frankreich behalten, — so lange muß ich es als eine Beleidigung meines Nationalstolzes betrachten, wenn Sie mir zumuten, französische Erzeugnisse in Deutschland einzuführen! Sorgen Sie erst dafür, daß Männer an die Spitze Ihrer Nation treten, denen ich auch als Deutscher Achtung abgewinnen kann, dann erst kann ich Ihnen gestatten, mir Angebote zu machen.

Breslau, 14. März. **Grenzspende aus Amerika. Der früher in Breslau ansässige, aus Beuthen OS stammende Deutsch Franz Schwieza hat in Südwestafrika für die Oberschlesierhilfe 300 000 M. gesammelt und an den Schutzbund Berlin W. überwiesen.**